

Ivo Mijnsen

Ukraine will Kriegsrecht nicht verlängern

Україна не хоче продовжувати військове положення

Швейцарська «Нойє Цурхер», посилаючись на прес-конференцію Петра Порошенка, пише що Україна не збирається продовжувати військовий стан. Президент України заявив, що військовий стан буде продовжено тільки в разі широкомасштабного вторгнення Росії на територію України. З огляду на політичний тиск, як вважає автор, Порошенко економно використовував свої додаткові повноваження; найсерйознішим обмеженням стала заборона на в'їзд в країну російським чоловікам у віці від 16 до 60 років. У своїй виборчій кампанії П.Порошенко спирається на патріотизм.

<https://www.nzz.ch/international/ukraine-will-kriegsrecht-nicht-verlaengern-ld.1445373>

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko sagte am Sonntag, der Ausnahmezustand werde nur bei einer vollen russischen Invasion über Ende Dezember ausgedehnt. Im Wahlkampf setzt er auf Patriotismus.

Der ukrainische Präsident hat angekündigt, das Kriegsrecht nicht über Ende Dezember hinaus zu verlängern – mit einer Einschränkung: «Wenn es keine grossangelegte Invasion der Russischen Föderation gegen die Ukraine gibt, wird das Kriegsrecht nicht verlängert, und wir beginnen mit der Vorbereitung der Präsidentschaftswahl», versprach Petro Poroschenko am Sonntag in Kiew. Um die angespannte Situation zu verdeutlichen, warnte er gleichzeitig vor starken russischen Truppenkonzentrationen an der Grenze. Seit Ende November habe Moskau nur zehn Prozent seiner zusätzlich stationierten Soldaten abgezogen.

Umstrittenes Kriegsrecht

Damals führte das ukrainische Parlament erstmals Kriegsrecht ein – als Reaktion auf einen schweren militärischen Zwischenfall im Schwarzen Meer: Schiffe der russischen Küstenwache hatten am 25. November drei Boote der ukrainischen Marine beschossen und aufgebracht, als diese versuchten, durch die Meerenge von Kertsch zu fahren. Russland sieht die Gegend als eigene Hoheitsgewässer, obwohl ein bilateraler Vertrag die freie Durchfahrt regelt und die Annexion der Krim international nicht anerkannt ist. 24 Marineangehörige befinden sich weiterhin in russischer Gefangenschaft.

Poroschenko reagierte mit der Beantragung des Kriegsrechts für sechzig Tage, was für heftige Kontroversen im Parlament sorgte. Da der Ausnahmezustand dem Präsidenten theoretisch weitgehende Befugnisse zur Einschränkung der Bürgerrechte verleiht und die Abhaltung von Wahlen fast verunmöglicht, warfen Kritiker Poroschenko autoritäre Gelüste vor. Der Präsident beugte sich allerdings dem Widerstand und stimmte einer Einschränkung des Kriegsrechts auf dreissig Tage und Teilregionen der Ukraine zu.

Angesichts des politischen Drucks setzte Poroschenko seine zusätzlichen Kompetenzen sparsam ein; die einschneidendste Einschränkung betraf ein Einreiseverbot für russische Männer zwischen sechzehn und sechzig Jahren. Sollte Poroschenko damit das Kalkül verbunden haben, seine Siegeschancen bei der Präsidentschaftswahl Ende März zu steigern, ging dies nicht auf: Seine Zustimmungswerte verharren bei etwa zehn Prozent, klar in Führung liegt Julia Timoschenko. Bezeichnenderweise wollte Poroschenko am Sonntag nicht sagen, ob er bei der Wahl antritt, wohl, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, sich einen unfairen Vorteil zu verschaffen; unter den Bedingungen des Kriegsrechts bleibt der Wahlkampf gegenwärtig stark eingeschränkt.

Patriotische Rhetorik

Dennoch versucht Poroschenko, im Wahlkampf mit patriotischer Härte zu trumpfen. Am Samstag wohnte er der Vereinigung der ukrainischen Orthodoxen Kirche bei, die sich unter seiner Initiative von Moskau abgespalten hatte. Am Sonntag wies Poroschenko zudem den ukrainischen Geheimdienst SBU

an, alle Staatsangestellten zu überprüfen, die Verwandte auf der annektierten Krim hätten. Hintergrund ist ein Skandal um den von Poroschenko eingesetzten stellvertretenden Leiter der ukrainischen Gegenspionage, dessen Familie regelmässig zwischen der Krim und dem Rest der Ukraine hin- und herreist und auf der Halbinsel über wertvolle Immobilien verfügt. Ihm wird auch vorgeworfen, enge Kontakte nach Moskau zu haben.